

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2019




## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament: Sogenanntes „Vereinbarkeitspaket“ angenommen .....	1
EU-Parlament: Keine Einigung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit erzielt .....	1
EU-Parlament: Neue Vorschriften zu Risikobewertungsverfahren für Lebensmittelsicherheit .....	1
EU-Kommission: Europaweite Umfrage zu Impfungen .....	2
EU-Kommission: Bewertungen der Wirtschaftsreformprogramme für westlichen Balkan und Türkei .....	2
Europäische Kommission: Debatte über Mehrheitsentscheidungen eröffnet.....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>3</b>
Dänemark: Neues Programm zur Kooperation von Eltern und Betreuungseinrichtungen .....	3
Irland: Nationaler Kinderbetreuungsplan veröffentlicht .....	3
Lettland erhöht Unterstützung für Kinder mit schwerer Behinderung.....	3
Großbritannien: Altersprüfungen für Pornographie im Internet.....	3
Deutschland: Ausschluss vom Wahlrecht für Menschen in Vollbetreuung aufgehoben .....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
Eurochild und Children in Migration informieren über Inhaftierung minderjähriger Geflüchteter .....	4
Junge Europäer/innen sehen Umweltschutz und Armutsbekämpfung als künftige EU-Top-Prioritäten.....	4
EU-Gesundheitspreis zur Reduzierung von Adipositas bei Kindern und Jugendlichen ausgeschrieben .....	4
Deutschsprachige Minister für Soziales unterzeichnen Erklärung zur Digitalisierung.....	5
Pilotprojekt zur Förderung der Mobilität von KünstlerInnen in Europa .....	5
Konferenz zur Zukunft der Arbeit.....	5
EU-Schnellwarnsystem: Gefährliche Nichtlebensmittel im Umlauf .....	6
Reporter ohne Grenzen – Pressefreiheit in Europa verschlechtert.....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
EU-Kommission: Kurzmitteilung zur Wirkung von Hilfen zur Erziehung .....	6
OECD Employment Outlook 2019.....	7
Bericht der EU-Kommission über Maßnahmen zur Reintegration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt.....	7
ESPN: Bericht über die sozialpolitische Entwicklung in Luxemburg, der Türkei und Portugal.....	7
OECD: Zusammenhang von Adipositas und Alkoholkonsum mit Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen .....	8
Twitter-Studie über Einstellungen zu Elternschaft .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Parlament: Sogenanntes „Vereinbarkeitspaket“ angenommen

In der endgültigen Abstimmung über die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden Richtlinien zum Vaterschaftsurlaub, zum nicht übertragbaren Elternurlaub und zur Pflege von Familienangehörigen angenommen. Die neuen Vorschriften für EU-Mitgliedstaaten sehen einen Anspruch auf eine bezahlte Freistellung (paternity leave) von mindestens zehn Tagen für Väter (bzw. einem gleichwertigen zweiten Elternteil) bei der Geburt eines Kindes vor. Außerdem werden die individuellen Freistellungsregelungen für erwerbstätige Eltern (parental leave) ausgeweitet. EU-weit wird es zukünftig pro Elternteil Anspruch auf vier Monate Elternzeit geben, von denen jeweils zwei Monate vergütet werden müssen und die nicht übertragbar sind. Dabei können die Mitgliedstaaten die Vergütungshöhe selbst festlegen. Er soll dazu führen, dass die Kinderbetreuung gleichmäßiger zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird. Zudem müssen Mitgliedstaaten in Zukunft einen Pflegeurlaub von fünf Tagen im Jahr für Personen gewähren, die Angehörige mit alters- oder gesundheitlich bedingten Einschränkungen pflegen. Auch hier obliegt es den Mitgliedstaaten, jeweils selbst über die Höhe der Bezahlung zu befinden. Die COFACE Families Europe hatte im März eine ausführliche Beurteilung des Work-Life-Balance-Pakets veröffentlicht (s. [EuropaNews 3/2019](#)).

- [Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige](#)
- [Link zum COFACE Assessment](#)  
- [Gemeinsame Erklärung der AGF mit Deutschem Frauenrat, Bundesforum Männer, Zukunftsforum Familie und Deutschem Gewerkschaftsbund](#) 

### EU-Parlament: Keine Einigung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit erzielt

Das Europäische Parlament hat mit knapper Mehrheit beschlossen, die erste Lesung der Revision der Rechtsvorschriften für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit nicht in dieser Legislatur abzuschließen. Es wird demnach Aufgabe des im Mai neu gewählten Europäischen Parlaments sein, im Trilog mit Rat und Kommission einen Kompromiss für diese Verordnung zu finden. Die Bemühungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in Europa ist das einzige Verfahren dieser Legislatur, zu dem keine Einigung erzielt werden konnte.

### EU-Parlament: Neue Vorschriften zu Risikobewertungsverfahren für Lebensmittelsicherheit

Das EU-Parlament hat Vorschriften angenommen, durch die Risikobewertungsverfahren für Lebensmittelsicherheit in Zukunft zuverlässiger werden sollen. Die neuen Regelungen sind bereits mit den EU-MinisterInnen abgestimmt und sollen die Verfahren transparenter und objektiver gestalten (s. [EuropaNews 2/2019](#)). So soll ein gemeinsames Europäisches Register geschaffen werden, in dem alle in Auftrag gegebenen Studien künftig gesammelt werden. Damit soll die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) überprüfen können, ob Unternehmen bei der Beantragung einer Zulassung relevante wissenschaftliche Daten zurückhalten. Antragstellende Unternehmen sollen in Zukunft zudem alle Informationen offenlegen, die zur Bewertung der Sicherheit relevant sind. Außerdem ist ein Beratungsverfahren für den Prozess der Antragstellung vorgesehen, um das Verfahren für AntragstellerInnen nachvollziehbarer zu gestalten.

## EU-Kommission: Europaweite Umfrage zu Impfungen

Die Europäische Kommission hat anlässlich der Europäischen Impfwoche eine Umfrage zu Einstellungen von EU-BürgerInnen zum Thema Impfschutz veröffentlicht. Im Allgemeinen herrscht ein positives Bild von Impfungen vor und 85 Prozent der BürgerInnen halten Impfungen für ein sinnvolles Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten. Dennoch glaubten 48 Prozent der Befragten, dass Impfungen häufig mit schweren Nebenwirkungen einhergingen. Die Kommission kündigte an, dass die Desinformation zum Thema Impfschutz weiter bekämpft werden müsste. Die kursierenden Fehlinformationen zum Thema Impfen seien laut Weltgesundheitsorganisation WHO eine der größten Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit. Für September plant die Kommission einen gemeinsam mit der WHO Impfgipfel.

## EU-Kommission: Bewertungen der Wirtschaftsreformprogramme für westlichen Balkan und Türkei

Die Europäische Kommission hat ihre Beurteilungen der Fortschritte und Reformprogramme der Beitrittskandidaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nord-Mazedonien, Serbien und der Türkei vorgelegt. Analysiert werden dabei die Prioritäten der Strukturreformprogramme und der aktuelle Stand der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung in diesen Staaten. Neben den Strukturreformprogrammen für die Wirtschaft, die im Erweiterungsprozess der EU zentral sind, wurde erstmalig die Europäische Säule sozialer Rechte als Bewertungsrahmen hinzugezogen. Dieser beinhaltet die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration insbesondere von Frauen, eine Neubewertung des Niveaus und der Struktur von Sozialleistungen und die Überwindung von Defiziten im Bildungssystem. Beim jährlichen Treffen der EU-MinisterInnen zum Erweiterungsprozess im Mai dieses Jahres werden länderspezifische Policy-Richtlinien ausgesprochen, deren Implementierung mit der nächsten Beurteilung überprüft wird.

➤ [Die einzelnen Berichte zum Download](#) 

## Europäische Kommission: Debatte über Mehrheitsentscheidungen eröffnet

Die Europäische Kommission hat eine Debatte über eine Änderung der Beschlussfassung im sozialen Bereich eröffnet. Thematisiert wird die Frage, welche Entscheidungen im sozialen Bereich einstimmig bzw. mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden müssen/können. Hintergrund ist, dass in der Sozialpolitik der EU zwar einige Bereiche bereits mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden, andere Themen, wie z.B. Fragen der Nichtdiskriminierung sowie die Bereiche der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes jedoch (noch) einstimmig und durch das besonderen Gesetzgebungsverfahren beschlossen werden. Um die Entscheidungsfindung zukünftig zu optimieren, sollen diese Verfahren nun ebenfalls mit qualifizierter Mehrheit und dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vollzogen werden. Betroffen sind sozialpolitische Handlungsfelder, die bereits zu den Befugnissen der EU zählen. Die Anwendung dieser sogenannten „Überleitungsklausel“, mit der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit möglich werden, muss einstimmig vom Europäischen Rat, mit Zustimmung des Europäischen Parlaments und ohne Einwände der nationalen Parlamente beschlossen werden.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Dänemark: Neues Programm zur Kooperation von Eltern und Betreuungseinrichtungen

Das dänische Familienministerium hat ein neues Programm zur besseren Zusammenarbeit von Eltern und Einrichtungen zur frühkindlichen Betreuung veröffentlicht. Es richtet sich an Führungskräfte und pädagogisches Personal dieser Einrichtungen und soll einen Leitfaden zum Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu den Eltern der betreuten Kinder zur Verfügung stellen. Durch verbesserten Austausch zwischen familiären und professionellen Bezugspersonen soll die individuelle Betreuung der Kinder verbessert werden. Neben einem Handbuch mit Wegen zu einer guten Elternarbeit sind Dialogkarten, ein Film und Informationen aus der Forschung erhältlich. Das Programm wurde ins Leben gerufen, um eine gemeinsame pädagogische Grundlage der Betreuung und Erziehung zu Hause und in den Einrichtungen zu schaffen.

### Irland: Nationaler Kinderbetreuungsplan veröffentlicht

Irland hat einen „Nationalen Kinderbetreuungsplan“ beschlossen, der ab Oktober 2019 gelten soll. Damit wird in Irland erstmalig ein Anspruch auf staatliche Unterstützungsleistungen für frühkindliche Betreuung gesetzlich festgelegt. Das für Kinder und Jugend zuständige Ministerium betonte, dass bezahlbare frühkindliche Betreuung eine wichtige Voraussetzung für gleiche Bildungschancen sei. Der neue Plan sei daher ein Meilenstein für das irische Bildungssystem, da damit die frühkindliche Förderung verbessert, Kinderarmut reduziert und lebenslanges Lernen gefördert werde. Es wurde außerdem eine Informationskampagne angekündigt, die eine eigene Website des Programms, verschiedene Publikationen zur Information für BürgerInnen, ein Info-Telefon und ein landesweites Weiterbildungsprogramm für MitarbeiterInnen von Einrichtungen beinhaltet.

### Lettland erhöht Unterstützung für Kinder mit schwerer Behinderung

Das lettische Sozialministerium kündigte an, ab Juli 2019 die finanzielle Unterstützung von Kindern mit schweren Behinderungen zu erhöhen. Die Erhöhung wird ca. 2.000 Kindern in Lettland zugute kommen. Sie soll die erhöhten Kosten ausgleichen, die durch besondere Anforderungen der Gesundheitsversorgung entstehen. Die Erhöhung beträgt monatlich zusätzliche 100 Euro zum aktuellen Satz von 213 Euro. Im lettischen Staatshaushalt sind dafür für das Jahr 2019 2,7 Millionen Euro vorgesehen, für die folgenden Jahre jeweils 5,5 Millionen Euro. Das Ministerium gibt an, die Armutsbekämpfung besonders gefährdeter Gruppen zu einer besonderen Priorität zu machen. In Lettland sind laut Eurostat 34% der Menschen mit Behinderung von Armut bedroht.

### Großbritannien: Altersprüfungen für Pornographie im Internet

Als erster Staat weltweit wird Großbritannien ab Juli 2019 ein staatlich geprüftes System zur Altersverifizierung für den Bereich der Internet-Pornographie einführen. Künftig werden Anbieter pornographischer Inhalte verpflichtet, ihre Inhalte nur noch für NutzerInnen zur Verfügung zu stellen, deren Alter über das neue System nachgewiesen wurde. Dieses funktioniert über einen persönlichen Zugang, für den bei der Anmeldung eine Kopie des Personalausweises hochgeladen werden muss. Portale, die dieser gesetzlichen Aufforderung nicht nachkommen, werden deaktiviert oder für die Nutzung in Großbritannien blockiert. Das British Board of Film Classification (BBFC) wird mit der Überprüfung der Einhaltung des neuen Gesetzes beauftragt. DatenschützerInnen mahnen an, dass ein solches System die Anonymität der NutzerInnen gefährdet.

## Deutschland: Ausschluss vom Wahlrecht für Menschen in Vollbetreuung aufgehoben

Zur Europawahl im Mai dieses Jahres können in Deutschland erstmalig Menschen mit Behinderung wählen, die eine Vollbetreuung benötigen. Das Wahlrecht wird auch schuldunfähig Verurteilten zugesprochen. Beide Personengruppen waren bisher von Bundes- und Europawahlen ausgeschlossen, da sie als politisch nicht zurechnungsfähig eingestuft wurden. Bundesweit betrifft dieser Ausschluss 85.000 Menschen, in allen europäischen Mitgliedstaaten ca. 800.000 Personen. Zur Europawahl haben die Bundestagsfraktionen von Grünen, Linken und FDP beim Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag zur Zulassung dieser Gruppen eingereicht, dem das Gericht zustimmte.

## Weitere Nachrichten

---

### Eurochild und Children in Migration informieren über Inhaftierung minderjähriger Geflüchteter

Die Organisationen Eurochild und Children in Migration haben gemeinsam über die Inhaftierung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen informiert. Die Inhaftierung sei laut Zahlen der Europäischen Agentur für Grundrechte innerhalb der EU verbreitet. Bei der Dokumentation bestünden zwar Lücken, jedoch stünden von 14 EU-Staaten Daten zur Auswertung zur Verfügung. Aus ihnen ginge hervor, dass im Jahr 2016 durchschnittlich 180 Kinder in EU-Staaten inhaftiert waren. Die Haftdauer ginge bis zu einem Zeitraum von 195 Tagen im Fall eines Fünfzehnjährigen in Lettland. Da die Datenerhebung in den EU-Staaten sehr unterschiedlich gehandhabt werde und mit ihren Eltern gemeinsam inhaftierte Kinder häufig nicht gesondert aufgeführt würden, sei die Zahl der inhaftierten Kinder und Jugendlichen vermutlich weitaus höher. Die Organisationen haben es sich zum Ziel gesetzt, über die Praxis der Inhaftierung Minderjähriger umfassend zu informieren und Alternativen zu diesem Vorgehen auf die politische Agenda zu bringen.

### Junge Europäer/innen sehen Umweltschutz und Armutsbekämpfung als künftige EU-Top-Prioritäten

Europaweit sind junge Menschen (67 Prozent) der Ansicht, dass die wichtigsten Betätigungsfelder der EU in den nächsten zehn Jahren der Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels sein sollten. Als zweite und dritte Priorität wurden die Verbesserung von Bildung und Ausbildung (56 Prozent, Deutschland: 63 Prozent), einschließlich der Freizügigkeit von Studierenden, Auszubildenden und Schülern, sowie die Bekämpfung von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit (56 Prozent) genannt.

Das Jugend-Eurobarometer wurde zum Start der Europäischen Jugendwoche 2019 veröffentlicht. Vom 29. April bis zum 5. Mai findet mit Veranstaltungen in ganz Europa die neunte Europäische Jugendwoche statt. In diesem Jahr lautet das Motto „Demokratie und ich“. Mit Blick auf die anstehende Europawahl liegt der Schwerpunkt bei der diesjährigen Europäischen Jugendwoche darauf, wie junge Menschen Entscheidungen beeinflussen können.

➤ [Zur Umfrage](#) 

### EU-Gesundheitspreis zur Reduzierung von Adipositas bei Kindern und Jugendlichen ausgeschrieben

Auf den EU-Gesundheitspreis 2019 können sich Initiativen bewerben, die an der Prävention und Reduzierung von Adipositas, sogenannter Fettleibigkeit, bei Kindern und Jugendlichen arbeiten. Zur Bewerbung zugelassen sind Nichtregierungsorganisationen, Schulen und Kommunen mit mehr als 30.000 Einwohnern. Aus jeder dieser



Wettbewerbsgruppen werden drei Initiativen ausgewählt, die zur Preisverleihung nach Brüssel eingeladen sind. Die Gewinner aus den Gruppen erhalten neben der Auszeichnung ein Preisgeld von 100.000 Euro zur Unterstützung ihrer Arbeit. Der EU-Gesundheitspreis wird seit 2015 verliehen und richtet sich normalerweise ausschließlich an Nichtregierungsorganisationen. Da die meisten Initiativen zur Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen in Kommunen und Schulen durchgeführt werden, können sich auch diese in diesem Jahr um den Preis bewerben. Die Bewerbungsfrist endet am 13. Mai.

- [https://ec.europa.eu/health/ngo\\_award/home\\_de](https://ec.europa.eu/health/ngo_award/home_de) 

### Deutschsprachige Minister für Soziales unterzeichnen Erklärung zur Digitalisierung

Die deutschsprachigen SozialministerInnen haben sich am 29. und 30. April 2019 in der Schweiz getroffen, um die Auswirkungen der digitalen Transformation der Arbeitswelt und die Folgen für die soziale Sicherheit zu diskutieren. In einer gemeinsamen Erklärung halten die fünf Länder fest, dass die soziale Absicherung der Beschäftigten auch in neuen Arbeitsformen gewährleistet werden muss. In einer gemeinsamen Erklärung weisen die TeilnehmerInnen auf die Chancen von neuen Arbeitsformen, aber auch auf die Risiken der Prekarisierung hin. Sie halten fest, dass auch in einer sich rasch verändernden Arbeitswelt ein guter sozialer Schutz und die Weiterbildung aller Erwerbstätigen sichergestellt werden soll. Da sie sich ähnlichen Herausforderung gegenübersehen, haben die fünf teilnehmenden Länder regelmäßige Treffen vereinbart, um einen festen Rahmen für den Wissens- und Erfahrungsaustausch zu schaffen. Das Treffen in Zürich war das zweite seiner Art, das letzte hatte 2016 in Wien stattgefunden.

### Pilotprojekt zur Förderung der Mobilität von KünstlerInnen in Europa

Im Rahmen des Programms Kreatives Europa der Europäischen Kommission wurde das Pilotprojekt i-Portunus gestartet. Bis zum 15. Mai können sich KünstlerInnen um die Förderung von Auslandsaufenthalten für ihre Tätigkeit bewerben. VertreterInnen der darstellenden und der bildenden Künste können gefördert werden, um in einem anderen Land zu arbeiten, auszustellen oder mit anderen Künstlern zusammenzuwirken. Für September sind zwei weitere Aufrufe für Bewerbungen zum Programm geplant. Für das Jahr 2019 verfügt das Programm über ein Budget von 1 Mio. Euro, im kommenden Jahr stehen weitere 1,5 Millionen Euro für das Pilotprojekt zur Verfügung. Es ist geplant, die Mobilität von KünstlerInnen ab 2021 als festen Bestandteil in das Programm Kreatives Europa aufzunehmen.

- [Weitere Informationen und Bewerbung zum Projekt](#) 

### Konferenz zur Zukunft der Arbeit

Anlässlich des hundertjährigen Bestehens der International Labour Organisation (ILO) hatte die Europäische Kommission zu einer Konferenz zur Zukunft der Arbeit geladen. Rund 500 TeilnehmerInnen aus den EU-Institutionen, den nationalen Regierungen, Sozialpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft kamen zusammen, um über Veränderungen der Arbeitswelt und ihre Gestaltung zu diskutieren. Aus den Debatten wurden zehn Kernbotschaften und zentrale Aufgabenfelder festgehalten. Ausgangspunkt waren, dass sich Trends wie Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Klimawandel nicht umkehren lassen und politische Maßnahmen auf allen Ebenen sich ihnen stellen müssen. Als Ziele wurden vor allem eine inklusive digitale Arbeitswelt, die umfassende Arbeitsmarktintegration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und ein fairer internationaler

Wettbewerb festgehalten. Am Vortag der Konferenz wurde der Abschlussbericht der Gruppe „Auswirkungen der digitalen Transformation auf die EU-Arbeitsmärkte“ veröffentlicht.

- [Zehn Kernbotschaften zur Zukunft der Arbeit](#)

### EU-Schnellwarnsystem: Gefährliche Nichtlebensmittel im Umlauf

Das EU-Schnellwarnsystem dient dem Informationsaustausch nationaler Behörden über gefährliche Produkte, die eventuell in der gesamten EU im Umlauf sind. Laut seines jüngst veröffentlichten Berichts wurden im Jahr 2018 ca. 2.200 gemeldete Produkte in der EU als gefährlich eingestuft. Sie kamen vor allem aus den Bereichen Spielzeug (31%), Kraftfahrzeuge (19%) und Textilien (10%). Das Ursprungsland mit den meisten Warnmeldungen für Produkte war, wie bereits im Vorjahr, China. Die häufigste Maßnahme zum Schutz der BürgerInnen vor gefährlichen Produkten sind Rückrufe. Der Anteil der tatsächlich von VerbraucherInnen zurückgebrachten Artikel sind im Allgemeinen gering. Dies zeigen die Ergebnisse einer neuen Umfrage, nach der die Rückrufhinweise KonsumentInnen nicht ausreichend erreichen bzw. die Kommunikation der Risiken nicht deutlich genug ist.

- [Jahresbericht des EU-Schnellwarnsystems](#) 

### Reporter ohne Grenzen – Pressefreiheit in Europa verschlechtert

Die Organisation Reporter ohne Grenzen veröffentlichte ihre jährliche Rangliste zur weltweiten Pressefreiheit für das Jahr 2019. Laut dieser Liste zählt Europa zu den Regionen, in denen sich die Lage am stärksten verschlechtert habe. Insbesondere in Staaten mit nationalistisch-populistischen Regierungen sei die ungehinderte Arbeit von JournalistInnen bedroht, da von staatlicher Seite offensiv gegen Medienschaffende gehetzt werde. Trotz der Verschlechterungen zähle Europa jedoch weiterhin zu den Regionen, in denen JournalistInnen am sichersten und freiesten ihrer Tätigkeit nachgehen könnten. Deutschland ist in der Rangfolge um zwei Plätze auf Platz 13 aufgerückt. Dies sei allerdings weniger auf eine Verbesserung der eigenen Bedingungen als auf die Verschlechterung in anderen Ländern zurückzuführen. Im Gegenteil habe sich die Gewalt gegen JournalistInnen im Vergleich zum Vorjahr von 16 auf 22 registrierte Angriffe erhöht. Insbesondere bei der Berichterstattung über rechtspopulistische Veranstaltungen und Demonstrationen käme es vermehrt zu Bedrohungen und Angriffen. Norwegen belegte zum dritten Mal den ersten Platz der Rangliste, gefolgt von Finnland und Schweden. Die letzten Plätze belegen Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea.

## Berichte und Studien

---

### EU-Kommission: Kurzmitteilung zur Wirkung von Hilfen zur Erziehung

Die EU-Kommission hat eine Übersicht zu staatlichen Angeboten zur Unterstützung von Eltern in der Erziehung ihrer Kinder veröffentlicht. Darin wird dargestellt, welche Möglichkeiten im Rahmen der Unterstützung zur Erziehung für Eltern zur Verfügung stehen, wie sie beantragt und beansprucht werden können. Außerdem werden Faktoren vorgeschlagen, nach denen entschieden werden kann, ob ein solches staatliches Hilfsangebot zur Erziehung in Anspruch genommen werden soll. Es wird betont, dass die Unterstützung von Familien zur Prävention familiärer Schwierigkeiten einen wichtigen Teil der Hilfen zur Erziehung bildet und die öffentliche



Wahrnehmung als Strafe für gewalttätige oder vernachlässigende Eltern nicht zeitgemäß sei. Vielmehr könnten solche Hilfsangebote die Gesundheit, Resilienz und das Wohlbefinden von Kindern stärken.

- [Positive Parenting Interventions](#) 

## OECD Employment Outlook 2019

Der "Employment Outlook 2019" der OECD beschäftigt sich mit gesellschaftlichem Wandel durch die Digitalisierung, Globalisierung und demographische Veränderungen. Neben der Feststellung, dass technologische Entwicklungen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt brächten, werden die Herausforderungen dieser Wandlungsprozesse aufgezeigt. Dazu zähle insbesondere der Abbau von Jobs mit niedriger und mittlerer Qualifikation, die laut der Schätzungen des Berichts zu erwarten sind. Diese Entwicklung stehe im Zusammenhang mit der zunehmend prekären Situation der Mittelklassen, die sich auch subjektiv durch Abstiegsängste äußere. Einen weiteren Bereich mit Anforderungen zur zeitgemäßen Regulierung bildeten die zunehmend verbreiteten Arbeitsmodelle, die vom Normalarbeitsverhältnis abwichen. Für Beschäftigte in diesen verschiedenen Formen fehle häufig eine ausreichende soziale Absicherung.

- [OECD Employment Outlook 2019 in der OECD Library](#) 

## Bericht über Maßnahmen zur Reintegration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt

Der Bericht zur Evaluation der Maßnahmen zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit in Europa stellt die verschiedenen Maßnahmen von EU-Mitgliedstaaten zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt dar. Demnach habe sich die Unterstützung für Langzeitarbeitslose in vielen EU-Staaten verbessert und sich die Arbeitslosigkeit in der EU insgesamt verringert. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,5% im EU-Durchschnitt sei sie die geringste in der Geschichte der EU. Dennoch wird auf Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten sowohl in Bezug auf die Zahlen der Langzeitarbeitslosen als auch auf die Dauer der Arbeitslosigkeit als Problem aufgezeigt. Die EU-Staaten mit den am wenigsten entwickelten Unterstützungssystemen für Erwerbslose hätten jedoch die größten Veränderungen vorgenommen, sodass sich eine Konvergenz der EU-Politiken zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit abzeichne.

- [Report der Kommission zur Reintegration Langzeitarbeitloser in den Arbeitsmarkt](#) 

## ESPN: Bericht über die sozialpolitische Entwicklung in Luxemburg, der Türkei und Portugal

Das European Social Policy Network (ESPN) hat Berichte über die sozialpolitische Entwicklungen in Luxemburg, Portugal und der Türkei veröffentlicht. Im Bericht zu Luxemburg steht die von der Regierung angekündigte Erhöhung des Mindestlohns um monatlich 100€ im Vordergrund. Sie soll zu einem Drittel von Arbeitgebern und zu zwei Dritteln staatlich finanziert werden. Der Bericht zur Türkei fokussiert die starke Abwertung der türkischen Lira im Jahr 2018. Sie habe zur Inflation und insbesondere drastisch erhöhten Lebensmittelpreisen geführt. Für Portugal konzentriert sich der Bericht auf die Preissenkungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs. Die Maßnahme wird als wichtiger Schritt bewertet, da ArbeitnehmerInnen in Portugal durchschnittlich wenig verdienen und Armut verbreitet ist, auch unter Erwerbstätigen.

- [Die ESPN Flash Reports zum Download](#) 



## OECD: Zusammenhang von Adipositas und Alkoholkonsum mit Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen

Das Working Paper "Exploring the causal relation between obesity and alcohol use, and educational outcomes" berichtet aus der Forschung zu Adipositas und Alkoholkonsum als zwei der größten Risikofaktoren für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die Studie sollte untersuchen, wie diese beiden Faktoren den Bildungserfolg beeinflussen. Dazu wurden Längsschnittdaten aus Deutschland, den Niederlanden, Neuseeland, Russland, Großbritannien und den USA verwendet. Aus ihr geht hervor, dass sowohl Adipositas als auch Alkoholkonsum im Kindesalter negative Auswirkungen auf die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen haben.

- [Exploring the causal relation between obesity and alcohol use, and educational outcomes](#) 

## Twitter-Studie über Einstellungen zu Elternschaft

Eine kürzlich in der Zeitschrift „Demographic Research“ veröffentlichte Studie zum Thema affektive Besetzung von Elternschaft verwendete computergestützte linguistische Analysen zur Auswertung von italienischsprachigen Beiträgen zu diesem Thema auf der Plattform Twitter. Die Ergebnisse verweisen auf das Vorkommen des sogenannten „Parenthood Happiness Paradox“. Es beschreibt die widersprüchlichen Gefühle und Meinungen von (werdenden) Eltern, die neben allgemeiner Freude auch Ängste, Frustrationen und andere negative Gefühle ausdrücken. Diese betreffen vor allem die Zukunft ihrer Kinder und familienpolitische Themen. Eine geographische Auswertung der Daten zeigt zudem, dass positive Einstellungen zum Thema Elternschaft mit dem allgemeinen regionalen Niveau von der Lebenszufriedenheit und Geburtenrate zusammenhängen.

- [Happy parents' tweets: An exploration of Italian Twitter data using sentiment analysis](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01.-05. Apr. 2019 Preston, England	<a href="#">International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems</a>	BASW
08. Mai 2019 Sibiu, Rumänien	The Young Citizens' Dialogue – Let's shape the future of Europe together!	Europäische Kommission
14. Mai 2019 Brüssel	<a href="#">The Role of Families in achieving the Circular Economy</a>	Make Mothers Matter
21.-21. Mai 2019 Paris, Frankreich	OECD Forum 2019 „World in Emotion“	OECD
13. Juni 2019 Online	Webinar: Flexible working in the digital age - Is everyone a winner?	Eurofound

18. Jun 2019 Leiden, Niederlande	ISSA Conference 2019: Nurturing Environments for the Wellbeing of Young Children and their Families	International Step by Step Association
03.-4. Oktober 2019 Helsinki, Finnland	"Shaping a healthy environment fit for children	COFACE Families Europe
27.- 29 Oktober 2019 Tartu, Estland	<a href="#">7th Conference of the International Society for Child Indicators (ISCI)</a> <a href="#">"Children of the World: The Touch of Change. Theories, Policies, Practices"</a>	University of Tartu
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	<a href="#">Refugee and Migrant Children and Families</a> <a href="#">Preserving family life through hard challenges</a>	International Commission on Family and Couple Relations

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

